

STADT HÖXTER



Stellungnahme der Stadt Höxter zum Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich

Die Glaubwürdigkeit der Bestandsgarantie der Landesregierung für die Abteilung Höxter als Hochschuleinrichtung ist davon abhängig, daß im Zusammenhang mit der Aufgabe der traditionellen Studiengänge Bauingenieurwesen und Architektur die Abteilung mit einer Ausstattung von mindestens zwei zukunftsorientierten Studiengängen versehen wird, die allein ihre Lebensfähigkeit ermöglichen. Die Stadt Höxter bittet den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, die zwingenden Voraussetzungen für die Lebensfähigkeit der Abteilung Höxter durch Beschluß festzulegen und die Einhaltung dieser Voraussetzungen durch das Ministerium für Wissenschaft und Forschung sicherzustellen. Diese Voraussetzung sind:

1. die Einrichtung eines zweiten Studiengangs zusätzlich zum Studiengang Landespflege,
2. der neue Studiengang muß an das traditionelle Ausbildungsprofil des Hochschulstandortes Höxter anknüpfen und zukunftsorientierte Ausbildungsinhalte aufweisen,
3. die Einschreibungsmöglichkeit für die bisherigen Studiengänge Bauingenieurwesen und Architektur sind so lange zu garantieren, bis der neue Studiengang eingerichtet ist, mindestens bis zum Sommersemester 1990. § 2 des Gesetzentwurfs ist entsprechend zu ändern.

Zur Begründung wird auf folgende Tatsachen verwiesen:
Der notwendige Anpassungsprozeß in den Kapazitäten für die Studiengänge Bauingenieurwesen und Architektur in Ostwestfalen ist vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung mit unzutreffenden Argumenten einseitig zu Lasten der Abteilung Höxter eingeleitet worden, obwohl der Rückgang der Studentenzahlen in diesen Studiengängen am Standort Höxter prozentual am geringsten war. Auch jetzt noch ist die Abteilung Höxter mit ca. 950 Studenten fast 100 % überlastet gegenüber dem Planziel bei Bezug des Neubaukomplexes im Jahre 1973. Entgegen der Darstellung des Ministeriums geht der Einzugsbereich der Abteilung Höxter weit über Ostwestfalen hinaus. So wählen langjährig auf freiwilliger Basis im Studiengang Bauingenieurwesen mindestens 40 % der Studenten aus den Heimatbereichen Sauerland/Münsterland und Ruhrgebiet die Abteilung Höxter als Studienstandort. Diese starke Verwurzelung beruht auf dem guten traditionellen Ruf, den der Standort Höxter als älteste preußische Baugewerkschule über 120 Jahre in der praxisbezogenen Ausbildung für die Bauberufe erworben hat. Die kurzfristige Amputation dieser Studiengänge, insbesondere des ohne ZVS-Zuweisung ausgelasteten Studiengangs Bauingenieurwesen, ist sachlich nicht gerechtfertigt. Unzutreffend ist auch die vom Ministerium vorgenommene Wertung bezüglich der Attraktivität des Hochschulstandortes Höxter: Durch den Neubaukomplex auf einem Grundstück von ca. 55.000 qm verfügt die Abteilung Höxter über die beste räumliche Ausstattung der drei ostwestfälischen Standorte (ca. 50 Mio. DM Investitionssumme) und ebenfalls über die beste Laborausstattung aller Standorte (ca. 5 Mio. DM Speziallaborausstattung). Insoweit wäre es nicht zu vertreten, im Rahmen der geplanten Umstrukturierung Neu- oder Ergänzungsinvestitionen an anderen Standorten vorzunehmen, während der Neubaukomplex der Abteilung Höxter halb leerstehen würde oder mittelfristig völlig aufgegeben werden müßte.

Sollte das vom Ministerium vorgesehene Opfer der zwei Studiengänge unabwendbar sein, ist die gegebene Bestandsgarantie für die Abteilung Höxter nach Ansicht aller Hochschulexperten nur mit einem zweiten

Studiengang realistisch und realisierbar. Die Einrichtung eines zweiten Studiengangs ist von Frau Minister Brunn und von anderen Vertretern der Landesregierung zwar in Aussicht gestellt worden. Die Stadt Höxter bittet jedoch den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, in seiner Verantwortung für das Gesamtkonzept der Hochschuleinrichtungen im Lande Nordrhein-Westfalen, diesen zweiten Studiengang verbindlich durch eine Aufnahme in die gesetzliche Neuregelung abzusichern.

In Anknüpfung an die Aussage von Frau Minister Brunn in der Fragestunde im Landtag im Herbst 1987 muß der neue Studiengang einen Bezug zum bisherigen Angebot der Abteilung Höxter haben und auf die Akzeptanz durch die Studierenden ausgerichtet sein. Deshalb darf es kein Verbot eines sogenannten Baubezuges für den neuen Studiengang geben, wie es teilweise von Vertretern des Ministeriums in Gesprächen mit der Hochschule geäußert wurde. Ein solches Verbot würde die Ernsthaftigkeit der Bestandsgarantie für die Abteilung Höxter kontakrieren. Vielmehr muß der neue Studiengang an das vorhandene Ausbildungspotential der Abteilung Höxter anschließen. Die baubezogenen Studiengänge sind hierbei auf der Grundlage der sich abzeichnenden umweltbezogenen Aufgabenstellungen umzustrukturieren. Es muß zu einer neuen Schwerpunktbildung kommen, die bereits in wesentlichen Einzelheiten in dem neuen Konzept der Universität Gesamthochschule Paderborn erarbeitet worden ist. Aus der Sicht der Stadt Höxter ist darauf zu verweisen, daß gerade für umweltrelevante Studieninhalte Stadt und Region Höxter beste Voraussetzungen bieten, und zwar nicht nur für die Landespflege, sondern auch für baubezogene umweltrelevante Studiengänge. Dies läßt sich durch folgende Fakten belegen:

- a) Stadt und Kreis Höxter verfügen über die höchste Dichte an Naturschutzgebieten und Biotopen im Lande Nordrhein-Westfalen,
- b) Stadt und Kreis Höxter verfügen über umfangreiche Grundwasservorkommen, Oberflächengewässer und einen Teilabschnitt der Weser, an deren unterschiedlichen Problemstellungen alle Aufgabenstellungen der Schadstoffbelastungen untersucht werden können,

- c) Stadt und Region Höxter sind mit ihrer dünnen Besiedlung und mit ihren zahlreichen Dorfstrukturen idealtypisch für die Probleme der Abwasser- und Abfallbeseitigung im ländlichen Raum,
- d) für den Bereich der Stadt- und Dorferneuerung sowie der Wohnumfeldverbesserung weisen Stadt und Region Höxter wertvollste Bausubstanz auf, zugleich mit den Fehlentwicklungen, die bundesweit in den letzten Jahrzehnten auch den ländlichen Raum erreicht haben.

Die Stadt Höxter bittet den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, das Ministerium zu beauftragen, den zweiten Studiengang in Abstimmung mit allen Beteiligten marktkonform und zukunftsorientiert auszuarbeiten und festzulegen. Nur durch einen konkreten Auftrag an das Ministerium mit konkreten Zeitvorgaben kann diesem wichtigen Erfordernis der Lebens- und Überlebensfähigkeit der Abteilung Höxter Rechnung getragen werden.

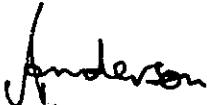
Bis dieser neue Studiengang ausgearbeitet und etabliert ist, muß es bei der uneingeschränkten Fortführung der jetzigen Studiengänge einschließlich der Einschreibungsmöglichkeiten bleiben, mindestens aber für einen Zeitraum von weiteren zwei Jahren. Es gibt keinen akuten Grund in der Hochschuleinrichtung Höxter für den vom Ministerium vorgeschlagenen massiven kurzfristigen Eingriff in die jetzige Struktur. Die kritische Übergangsphase aus dem jetzigen gesicherten Studienangebot in die neue ungewisse Struktur muß so kurz wie möglich gehalten werden.

Abschließend bittet die Stadt Höxter den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, sich des in der Abteilung Höxter anstehenden Teilproblems intensiv anzunehmen. Selbst wenn es nur ein Teilproblem aus der umfangreichen Strukturanpassung aller Hochschuleinrichtungen des Landes ist, liegt hierin zugleich ein Prüfstein für die Ernsthaftigkeit der Aussage aller Fraktionen des Landtages, die vorhandene Regionalisierung der Hochschuleinrichtungen beizubehalten und die Anpassungsprozesse gleichmäßig zu verteilen.

Für die Stadt Höxter hat die vorhandene Hochschuleinrichtung mit Rücksicht auf ihre sonstigen großen Strukturprobleme eine enorme Bedeutung. Diese Bedeutung kann mit der Zahl der ca. 1.000 Studenten und 38 Professoren und der damit verbundenen Kaufkraft von ca. 10 Mio. DM pro Jahr nur unzureichend beschrieben werden. Die Bedeutung ergibt sich letztlich daraus, daß es sich um die einzige Hochschuleinrichtung in einem dünn besiedelten ländlichen Raum an der Ostgrenze des Landes Nordrhein-Westfalen handelt, die durch eine lange Tradition in der Ausbildung für baubezogene Berufe geprägt ist. Da sie mit ihrer wertvollen Landschaft und der historischen Siedlungssubstanz einen umfangreichen Praxisbezug für umwelt- und baubezogene Studiengänge bietet, ist gerade auch der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung in die Pflicht genommen, dieser besonderen Hochschuleinrichtung ihre Zukunftschance zu sichern.

Höxter, den 18. Januar 1988

STADT HÖXTER
Der Stadtdirektor


Anderson